

## **Antrag**

**der Abgeordneten Christoph de Vries, Dennis Gladiator, Viviane Spethmann, Hjalmar Stemmann, Dr. Friederike Föcking, Dennis Thering, Birgit Stöver (CDU) und Fraktion**

**zu Drs. 20/3118**

**Betr.: Kinder von Substitutionspatienten und Opiatabhängigen wirksam schützen – Umdenken des Senats durch Tod der kleinen Chantal unumgänglich**

Leibliche und Pflegekinder von Substitutionspatienten und Opiatabhängigen sind offenkundig Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt. Erst im vergangenen Jahr wurden in mehreren Versuchsreihen mittels Haaranalysen bei Kindern von Substitutionspatienten in Bremen in mehr als drei Viertel der Fälle Drogensubstanzen in den Haaren der getesteten Kinder nachgewiesen.

Die CDU-Fraktion war und ist sich dieser akuten Gefährdung bewusst und hatte deswegen bereits mit der Drs. 20/621 im Mai 2011 einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, entsprechend gefährdete Kinder wirksam zu schützen. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen erwuchs auch beim Senat die Erkenntnis, „dass ein Teil der Kinder von substituierten drogenabhängigen Menschen durchaus in einem drogennahen Milieu aufwächst und daher besonderen Belastungen für ihr Wohlergehen ausgesetzt sei“, wie es der vorliegende Bericht für die abschließenden Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 16.12.2011 dokumentiert. Auch wurde bereits damals von Senatsseite unter Bezugnahme auf Erkenntnisse aus der Expertenanhörung im November 2011 angemerkt, „dass die Take-Home-Dosis des Substituts ein Risiko zu sein scheint.“ Ähnlich sah es auch die SPD-Fraktion, deren Vertreter laut Ausschussbericht anführten, dass „die adäquate Reaktion auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung (...) selbstredend auch die Überprüfung der Take-Home-Dosis“ einschließe.

Trotz dieser zutiefst beunruhigenden Erkenntnisse und obwohl sich die Senatsvertreter in der Dezembersitzung dafür aussprachen, die von der CDU vorgetragene Themen konkret anzugehen, zog es der Senat vor, diese akute Problematik auf die lange Bank zu schieben. So wälzte der Senat die Verantwortung auf einen Runden Tisch ab, statt selbst konkret zu handeln, und agierte somit entgegen seiner von der Verfassung vorgegebenen Rolle als Exekutive.

Dass Kinder von Substitutionspatienten und Opiatabhängigen nicht nur latent, sondern akut gefährdet sind, hat nicht zuletzt der tragische Tod der elfjährigen Chantal aus Wilhelmsburg am 16. Januar 2012 mit aller Brutalität gezeigt. Als Todesursache von Chantal wurde nach den vorliegenden Ermittlungsergebnissen die Einnahme der Ersatzdroge Methadon festgestellt. Hätte nicht Chantal, sondern ein leibliches Kind das Methadon eingenommen und wäre zu Tode gekommen, würde sich die aktuelle Diskussion nicht auf Gefahren von Pflegekindern verengen. Die nun erforderlichen Maßnahmen müssen deshalb weiter gefasst werden und den Schutz von Kindern von Substitutionspatienten und Opiatabhängigen ebenso gewährleisten.

Welche Dimension diese Problematik hat, haben sowohl Schriftliche Kleine Anfragen als auch die Expertenanhörung im November 2011 ergeben. Demnach leben in Hamburg in rund 600 Haushalten circa 1.000 minderjährige Kinder von Opiatabhängigen.

Die bestehenden Strukturen haben sich auch hier als fehleranfällig erwiesen, mit nachweislich fatalen Konsequenzen. In Anbetracht der Untersuchungsergebnisse aus Bremen und der Tragödie um Chantal wäre es daher unverantwortlich, nun vonseiten des Senats keine Anstrengungen zu unternehmen, um mögliche Kindeswohlgefährdungen durch Verabreichung von Methadon und Drogen zu unterbinden.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir der gemeinsamen Verantwortung für das Wohl der Kinder in unserer Stadt gerecht werden. Bei aller Bedeutung des Vertrauensverhältnisses zwischen Klienten einerseits und Ärzten beziehungsweise Therapeuten andererseits, müssen am Ende das Kindeswohl und der Schutz der Kinder vor gesundheitlichen Gefährdungen absoluten Vorrang haben.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. ein Verfahren zur Meldung aller Kinder von Substitutionspatienten und erfassten Opiatabhängigen an das jeweils zuständige Jugendamt als Regelfall einer möglichen Kindeswohlgefährdung zu entwickeln,
2. zum Schutz dieser Kinder verpflichtende Erstkontrollen durch Amtsärzte – zum Beispiel mittels Haaranalysen oder Urinproben der Patienten – zur Sicherstellung eines drogen- beziehungsweise methadonfreien Aufwachsens der Kinder von Substitutionspatienten und Opiatabhängigen zu veranlassen, die bei Bedarf im Einzelfall regelhaft fortgesetzt werden,
3. das System der Take-Home-Vergabe von Drogensatzstoffen insbesondere hinsichtlich der Mitgabe an Substitutionspatienten, in deren Haushalt minderjährige Kinder leben, kritisch zu überprüfen und anschließend am Kindeswohl orientierte Lösungsvorschläge zu entwickeln,
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Mai 2012 zu berichten.